

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M. 45 Pfg., in Altensteig 12 M. | Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., die Reklamezeile 1 M. 50 Pfg. Mindest-
Bei Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückerstattung. Betrag eines Auftrags 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt hinfallig.

Ar. 53.

Altensteig, Samstag den 5. März.

Jahrgang 1921.

Zur Lage.

Die Londoner Konferenz scheint ihrem Ende entgegenzugehen, soweit die Verhandlungen mit den Deutschen in Frage kommen. Die Konferenz, gleich der von Paris am Ende des Januar auf ein Haar. Zuerst lagen sich die Verbündeten nach den amtlichen und halbamtlichen Berichten und nach den Meldungen ihrer wohlbesetzten Presse in den Haaren und am Ende herrschte große Freude und Befriedigung, daß alles so wohl gelungen war und daß das herzhafte Einverständnis neu gestärkt aus der Feuerprobe hervorgegangen war. Es ist bei allen diesen Konferenzen immer dieselbe Aufmachung, dieselbe „Regie“, wie man zu sagen pflegt, zu beobachten. In Wirklichkeit sind sie doch nur Theaterstücke, denn was auf ihnen angeblich beraten und beschlossen wird, das ist zwischen den wenigen Rahmgeblichen bzw. den geheimen Mächten, die hinter ihnen als treibende Kräfte stehen, längst festgelegt und die „Konferenzen“ dienen nur dazu, die Blüten der geheimen Absprachen mit einem völkerechtlichen Mantel zu bedecken. Daher laufen sie seit 1918 alle auf ein Diktat hinaus; mag die Konferenz unter der Firma Oberster Rat, Völkerbundrat, Sachverständigenkonferenz, Völkerbundrat od. Völkerbundversammlung laufen — immer dieselbe Sache. Das ist der große Fortschritt.

In London wurde in der letzten Februarwoche zuerst die Orientfrage und der Friedensvertrag von Sevres vorgenommen. Frankreich will ihn zugunsten der Türkei abändern, England sträubt sich dagegen. Die Abänderung wird beschlossen. „Große Zustimmung in England“, melden die Verbandsblätter. Was wird abgeändert? Die Griechen sollen zunächst das Hinterland von Konstantinopel, ebenso Smyrna und diesen Hinterland in Anatolien nicht bekommen, sondern es wird eine Verbandskommission eingesetzt, die die Bevölkerungsverhältnisse binnen zwei Monaten zu studieren und nach 5 Jahren eine „Vollstimmung“ zu veranstalten hat. Das ist so ziemlich alles. Es ist nicht einzusehen, weshalb England darüber mißgestimmt sein soll. Es hat ja doch selbst kein Interesse daran, daß die Griechen zu nach an Konstantinopel herantommen in dem England sich nun festgesetzt hat. Und dann bleibt die Hauptsache doch bestehen, daß das türkische Reich so zerstückelt ist, daß die Türken nach englischer Ansicht nicht mehr imstande sind, den Landweg durch Vorderasien nach Indien in der Hand zu behalten, die sie Smyrna schließlich noch in den Händen halten, ist nicht von Belang; im Gegenteil, wenn es den Griechen jetzt wieder genommen oder wenn es, wie etwa Dantsig, zu einem „Freistaat“ unter Verbandsverwaltung gemacht werden sollte, so würde es ein bleibender Konfliktpunkt zwischen Türken und Griechen sein, und niemand wird behaupten wollen, daß das etwa gegen die englischen Interessen, so wie sie in England verstanden werden, verstoßen würde. England hat allen Grund, mit der Londoner Vorkonferenz recht zufrieden zu sein und ist es auch.

Nach allen bisherigen Erfahrungen war die angebliche Bestimmung unter den Verbündeten daher nicht anders denn als lässliches Vorzeichen für die Hauptkonferenz zu deuten, zu der die Deutschen geladen waren, um über die Kriegsschädigung zu verhandeln. Am Sonntag, den 27. Februar, reiste Reichsminister Dr. Simons mit den Staatssekretären im Sonderzug nach London ab. Unterwegs wurde noch unerwähnt an der Ueberlegung der Gegenanschläge und der Denkschriften gearbeitet. Am Montag nachmittag kamen sie in London an. Müller Empfang. Der Böbel johlte. Statt am Mittwoch wurden die deutschen Unterhändler schon am Dienstag zur ersten Sitzung — nicht in den königlichen St. Jamespalast, wie verabredet war, sondern in das Lancasterhaus, wo gewöhnlich kleinere Ausstellungen veranstaltet werden, berufen. Vor dem Hauptsaal der Böbel bei der Ankunft der Deutschen: „Lohnt sie zahlen“ zu einem Saal waren die Tische für die Konferenzteilnehmer in Quartierform aufgestellt. Die Deutschen durften sich aber mit den Verbündeten nicht an einen Tisch setzen, sondern sie mußten an einem besonderen Tisch Platz nehmen. Die gleiche nachlässige Bosheit in London, wie früherzeit in Versailles.

Wie eine Speisekarte lagen die „Kriegsschädigungs-Ansprüche“ der v. l. Verbündeten auf. Es ist wirklich interessant, einen Blick auf die bunte Karte zu werfen, denn sie begründet den Wahnwitz der „Re-

paration“ besser, als ein Duzend Zeitungsartikel es zu schäubern vermöchten. Obenan steht Frankreich, das zwar bekanntlich noch nicht einmal den achten Teil der Schadensanmeldungen im eigenen Land geprüft und angesehen, aber doch schon eine feste Rechnung ausstellen vermocht hat. Die französische Forderung beträgt 218 541 1/2 Millionen Papierfranken, darunter — man höre! — 60 000 Millionen Militärpensionen, 13 000 Millionen „Zuwendungen an die Familien der Mobilisier-ten“, 514 1/2 Millionen Pensionen an Opfer der Zivilbevölkerung, 1869 Millionen für „Rückzahlung von Büchsen und Kriegsgefangenen“ (wie müßte da eine entsprechende deutsche Gegenrechnung aussehen!), 977 Millionen Unterstützung an Kriegsgefangene, 223 Millionen Lohnausgleich (!) usw. England verlangt 2542 Millionen Pfund Sterling und 7698 Millionen Franken, darunter 95 746 Pfund für Rückzahlung von Kriegs-gefangenen. Italien 33 087 Millionen Lire, 37 226 Millionen Franken und 128 Millionen Pfund Sterling. Belgien 34 255 Millionen belgische und 2375 Millionen französische Franken. Japan 833 Millionen Yen (Dollar), Südslawien 8496 Mill. Dinars und 19 214 Mill. Franken. Rumänien 31 099 Mill. Goldfranken. Portugal 1944 261 Contos (das sind ungefähr 7800 Millionen Goldmark). Griechenland 4993 Mill. Goldfranken. Brasilien 1216 714 Pfund Sterling und 1/2 Million Franken. Tschechoslowakei 7613 Mill. Franken und 7063 Mill. tschech. Kronen. Siam 9179 298 Goldmark und 1 169 821 Franken (das ist, daß es die deutschen Handelschiffe und das Privat-eigentum in Siam geraubt hat). Bolivien 16 000 Pfd. Sterling. Peru 56 236 Pfund Sterling und 107 388 Franken. Haiti 80 000 Dollar und 532 593 Franken. Cuba 801 135 Dollar. Liberia 3977 135 Dollar. Polen 21 913 Mill. Goldfranken und 500 Mill. Goldmark. Europäische Donaukommission 1 Mill. 834 800 Goldfranken, 15 048 franz. Franken, 488 851 rumänische Lei.

Dr. Simons trug nun der Versammlung die von der deutschen Reichsregierung gemachten Gegen-vorschläge vor und übergab zwei Denkschriften, die zahlenmäßig mit größter Genauigkeit den Nachweis führten, daß die „Vorschläge“ der Pariser Konferenz vom 29. Januar wirtschaftlich und finanziell schlechterdings unerfüllbar sind. Hat doch Deutschland im Jahr 1920 im Handelsverkehr über 45 1/2 Milliarden Papiermark (rund 4 Milliarden Goldmark) mehr an das Ausland zu zahlen, als es vom Ausland hereinbekam. Der Fehlbetrag der Reichshaushalts belief sich auf 80 Milliarden Papiermark (rund 7 Milliarden Goldmark) und die Reichsschulden sind auf 300 Milliarden Papiermark (etwa 26 1/2 Milliarden Goldmark) angewachsen. Dabei ist die Steuerlast, namentlich an direkten Steuern, in Deutschland viel viel größer als in England oder Frankreich, während die Einkommen durchschnittlich weit geringer sind.

Die Gegenanschläge knüpfen an das Pariser Diktat an, sie erkennen also die Kriegsschädigungs-forderung von 226 Milliarden Goldmark tatsächlich an. Aber während die Pariser Konferenz für die Abtragung der 226 Milliarden eine Zahlungsdauer von 42 Jahren in „Annuitäten“ (Zins-zahlungen einschließlich der Verzinsung) von 2 bis 6 Milliarden festgesetzt hatte, woran bei etwaigen Vorauszahlungen ein Diskont (Abzug) von 8 Prozent ge-wöhnt wurde, rechneten die deutschen Sachverständigen die — übrigens ganz willkürliche — Forderung von 226 Milliarden auf Grund des 8proz. Diskonts in ein Kapital nach heutigem Wert um und das ergab die Zahl von etwas über 50 Milliarden Goldmark. Wenn z. B. jemand eine Schuld von rund 50 Goldmark hätte und er müßte sie in Jahresleistungen von 2 bis 6 Mark im Zeitverhältnis der im Pariser Abkommen angegebenen Abzahlung in 42 Jahren abbezahlen, so würde die Gesamtleistung mit Zinsen, aber ohne Diskont, nach der angegebenen Zeit auf 226 Mark angewachsen sein. Die Rechnung stimmt ganz genau.

Von der so errechneten Entschädigungssumme von 50 Milliarden Goldmark sollten aber die 20 Goldmilliarden (eigentlich sind es 21), die bis jetzt schon an die Freunde in bar oder Sachwerten geleistet worden sind, selbst-verständlich abgezogen werden, es verbleiben also 30 Milliarden. Diese Schuld soll in eine sofort auszu-nehmende internationale Anleihe von 8 Milliarden Goldmark und eine Restschuld von 22 Milliarden zerlegt

und letztere in den ersten 5 Jahren mit 6 Prozent verzinst, dann in Jahresraten einschließlich Zinsen getilgt werden. Die Sachleistungen wie Kohlen, Kalk, chemische Erzeugnisse, Holz, Vieh usw. sollen auf die Schuldsumme angerechnet werden. Die 12prozentige Belastung der Anleihe soll dagegen hinfallig sein.

Wenn es dem Verbänd auf die Bezahlung der Kriegsschäden ankäme, so müßte er bei solchen Vorschlägen mit beiden Händen zugreifen, denn schon die 8 Milliardenanleihe stellt ihm sofort eine gewaltige Summe von baren Geldmitteln zur Verfügung. Aber weit gefehlt; Lloyd George hob, kaum daß Dr. Simons den letzten Satz gesprochen hatte, plötzlich die Sitzung auf und bemerkte, die Deutschen scheinen die Lage überhaupt nicht zu verstehen; ihre Vorschläge seien nicht wert, daß man darüber rede. Sprachs, setzte den Hut auf und ging.

Möglich, daß Lloyd George die deutsche Rechnung nicht gleich verstanden hat, sonst wäre er wenigstens nicht so grob geworden. 226 gegen 50 oder 30 Milliarden — unerhört! Aber die Verbündeten ließen sich 48 Stunden Zeit zur Ueberlegung und dann wurde nicht etwa gesagt: wir wollen mit einander reden — behüte! — sondern es wurde ein sogenanntes Ultimatum gestellt. Die Deutschen haben binnen 4 Tagen, also bis Montag, den 7. März, zu erklären, ob sie das Abkommen von Paris annehmen oder nicht. Lehnen sie ab, so werden sofort die Kohlenhäfen Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf besetzt. Beharrt Deutschland auf seiner „Böswilligkeit“, so wird das ganze linksseitige Rheingebiet zollpolitisch vom Reich abgetrennt und von allen Verläufen Deutschlands nach den verbündeten Ländern wird die Hälfte des Rechnungsbetrags beschlagnahmt, der deutsche Verkäufer wird also nur die Hälfte des Verkaufspreises erhalten. (So ist nach genaueren Mitteilungen die Entscheidung der Konferenz zu verstehen.)

Berlin, 4. März. Das ... Simons ist ein langes Telegramm bei der Reichsregierung eingelaufen, das die Sachlage eingehend schildert. Das Reichskabinett besprach die von Lloyd George angebotenen Zwangsmaßnahmen.

Berlin, 4. März. Der Kabinettsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit der durch die Londoner Konferenz geschaffenen Geschäftslage. Da das Material aus London zur Zeit noch nicht vollständig vorliegt, wird der Reichskanzler heute im Reichstag noch nicht das Wort ergreifen. Die Ausschüsse werden morgen vormittag keine Sitzungen abhalten, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Das Reichskabinett wird erst heute nachmittag zu dem Ultimatum der Entente Stellung nehmen können. Stadt Luxemburg ist ohne Licht.

London, 4. März. Man glaubt hier vielfach eine gewisse Entspannung der Lage feststellen zu können, weil heute von militärischen Gewaltanwendungen (Besetzung sächsischer Städte) nicht mehr die Rede war, die gestern noch im Vordergrund der Meinungen standen. Einige Blätter halten es für möglich, daß man doch noch einmal die Sachverständigen zusammenrufen lasse. Die deutschen Vertreter betonen, daß sie sich durch keine Reden beeinflussen lassen werden. Zwangsmaßnahmen können nach dem Friedensvertrag überhaupt nicht vor dem 1. Mai in Anwendung gebracht werden.

London, 4. März. Mit Bezug auf die Haltung der Italiener auf der Londoner Konferenz schreibt die „Morning Post“: Da Graf Sforza seine Unterschrift unter das Pariser Abkommen gesetzt hat, kann von einem Zurücktreten Italiens von seinen Verpflichtungen oder von einer Aenderung seines Programms keine Rede sein. Die jedoch Italien durch die wirtschaftlichen Erschütterungen Europas ernstlich in Mitleidenschaft gezogen würde, z. B. in der Versorgung mit Kohle aus dem Ruhrrevier und dem Saarthal, seien verantwortliche italienische Kreise der Ansicht, daß Deutschland jede Gelegenheit geboten werden müßte, sich zum Standpunkt der Verbündeten beschließen zu lassen.

Paris, 4. März. Die Minister Briand, Loucheur und Doumer sind von London in Paris eingetroffen. Nach dem „Matin“ hat Kriegsminister Barthou gestern von London zurückgekehrt ist, erklärt, er sei vollständig befriedigt. Bei seiner Ankunft in London sei die Lage etwas schwieriger geworden.

Der Reichshaushalt für 1921.

Berlin, 4. März. Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Haushalt für 1921. (Der Haushalt für das am 1. April zu Ende gehende Rechnungsjahr wird noch im Reichstag beraten.) Hierbei führte der Reichsminister, Ministerialdirektor Dr. Sachs, zur Schwärze in der Verwaltung aus, daß eine Verringerung des Beamtenlohnens um ein Viertel im Laufe der Zeit herbeigeführt werden solle. Weiter wird mit dem neuen Haushaltsgesetz bestimmt, daß die Ausgaben von 1920 in Anspruch genommen werden dürfen. Der Haushalt für 1921 selbst bringt — ohne Einrechnung der Eisenbahn und Post, sowie der Reichsdruckerei — an Gesamtausgaben 87,5 Milliarden. Das würde gegenüber 1920 ein Weniger von 20 Milliarden bedeuten, wenn nicht wieder etwa ein gleicher Betrag eingestrichelt werden müßte zur Erfüllung der aus dem Friedensvertrag zu erwartenden Forderungen. Der ordentliche Haushalt hält mit 47 Milliarden in der Form des Mehrgewinns. Er enthält aber tatsächlich einen Fehlbetrag von 3,2 Milliarden, ein Posten, der im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung als Einnahmeposten erscheint. Im außerordentlichen Haushalt stehen an Ausgaben 40,5 Milliarden, von denen 10,6 Milliarden aus außerordentlichen Einnahmen gedeckt werden sollen. Der Gesamtfehlbetrag von 29,9 Milliarden, für den in Anleihen Kredit verlangt wird, verfährt sich durch Zuschüsse von 11,7 Milliarden für die Eisenbahn und 2 Milliarden für die Post. Schon jetzt ist demnach für den neuen Haushalt 1921 mit einem Fehlbetrag von 16,8 Milliarden Mark zu rechnen. — Der Reichsrat genehmigte ohne Erörterung den neuen Haushalt mit dem Gesetz nach den Beschlüssen der Ausschüsse. Ohne Erörterung stimmte der Reichsrat der Erhöhung der Zuckersteuer von 14 M. auf 100 M. für den Doppelzentner zu. Auch das Süßstoffgesetz wurde entsprechend geändert.

Neues vom Tage.

Belagerungszustand in Döbeln.

Döbeln, 4. März. Um die ruhige Durchführung der Abstimmung zu gewährleisten, wird die Verbandskommission nach WTB in den nächsten Tagen über das Abstimmungsgebiet den Belagerungszustand und das Standrecht verhängen. Politische und sonstige Versammlungen werden verboten sein.

Die Postkassette Harding.

Washington, 4. März. In seiner Antrittsrede bei der Übernahme der Präsidentschaft erklärte Harding, die neue amerikanische Regierung beabsichtige eine Politik der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Europas zu befolgen. Sie lehnt es ab, an irgend einem dauernden militärischen Bündnis teilzunehmen oder irgend welche ausländischen wirtschaftlichen Verpflichtungen zu übernehmen. Sie ist jedoch bereit, an einer Konferenz über die Abrüstungsfrage teilzunehmen. Harding tritt für die Schaffung eines Weltgerichtshofs zur Regelung gerichtlicher Fragen ein und erklärt: Wir werden keinen Krieg einen gerechten Grund geben, mit uns Krieg zu führen. Ich hoffe jedoch, daß, wenn uns von neuem der Krieg ausgenötigt wird, er dann ganz Amerika in nationaler Verteidigung vereinen wird. In Anbetracht des Weltverkehrs des Auslands erklärt sich die Postkassette für den Schutz der amerikanischen Industrie und sagt weiter: Wir können nicht mit Erfolg verkaufen, wenn wir die amerikanischen Waren nicht in amerikanischen Fahrzeugen auf die Weltmärkte bringen. Außerdem tritt der Präsident ein für eine Verminderung der Steuerlasten, angemessene Kreditverleihung und für den Frieden in der Industrie. Für die Schuldverpflichtungen, die aus dem Krieg entstanden sind, müsse gesorgt werden, da keine Rückzahlung ihre Nichterkenntnis überleben könnte.

Gegen den Volkseidwurm.

Helsingfors, 4. März. Nachrichten aus Petersburg zufolge ist dort die Gegenrevolution gegen die Sowjetregierung noch nicht unterdrückt. Es fanden schwere Kämpfe statt. Die Roten sollen Petersburg besetzen haben. — Die Londoner „Times“ meldet, Lenin und Trotzki seien nach der Halbinsel Krim geflohen, um sich nach Südamerika in Sicherheit zu bringen.

Kattowitz, 4. März. Die freiwilligen Sanitätssoldaten vom Roten Kreuz in Oberschlesien haben sich für die Abstimmungszeit zur Verfügung gestellt.

Reichstag.

Berlin, 4. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Eöde mit: Ich bin in der Angelegenheit, die uns zurzeit alle aufs tiefste berührt, an die Reichsregierung herangetreten mit der Frage, ob sie jetzt in der Lage sei, dem Reichstag über den Stand der Angelegenheit in London Auskunft zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die ihr zugegangenen Berichte noch nicht vollständig seien und der Wortlaut der Ausführungen Lord Georges noch gewiß werde.

Hg. Ledebour (USP): Nach unserer Auffassung ist es notwendig, daß der Reichstag sofort in die Verhandlungen über die Londoner Forderungen eintritt.

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Ein Antrag Schäfer, den Rednerabfindungsvertrag von der Tagesordnung abzusetzen, da jetzt nicht die Zeit zu solchen Ausproben sei, wird unter lärmendem Widerpruch der Linken angenommen.

Präsident Eöde teilt den Wortlaut der entscheidenden Sätze der Rede Lord Georges mit und schließt unter brausendem Beifall

des Hauses mit der Erklärung: Es wird niemand im Hause sein, der glaubt, daß diese Erklärung mit dem beschlossenen Vertrag im Einklang steht.

Hg. Hoffmann (USP) das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, erhebt sich lärmend Protest.

Präsident Eöde erklärt, das Wort nicht geben zu können, da das nur bei den Gegenständen geschehe, die auf der Tagesordnung stehen.

Als darauf ein gemäßigter Vorschlag ausbricht, verlegt der Präsident die Sitzung bis 14 Uhr.

Zwischen den Unabhängigen und der Rechten kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen.

Landtag.

Stuttgart, 3. März.

(10. Sitzung.) Hg. Dr. Schermann (J.) trat für die Befestigung der wirtschaftlichen Notlage der Universitäten und der Studentenschaft ein, verlangte eine Art Staffelfung der Kolleggelder, offizielle Aufstellungen über das weltliche Studium. Die „königlich preussische Universität Tübingen“ sollte mehr zu einer „nationalen preussischen Landesuniversität“ werden. Die außerordentliche Professur für kath. Geschichtsforschung soll in eine ordentliche umgewandelt, ferner ein Lehrstuhl für katholische Moraltheologie und Philosophie geschaffen werden. Hg. Egelhaaf (D.V.) unterstützte lehrerliche Wünsche und bemängelte, ebenso wie der Vordrucker, daß der Lehrstuhl für Literatur nicht mit einem Württemberger besetzt wurde. Hg. Heymann (S.) machte gegen den Ausbau der kath. Theologenschule Einwände, verlangte die freie Zulassung der Ausländer und eine andere Stellungnahme der Universität zur Revolution.

Hg. Frau Klotz (D.V.) bemängelte die Erfahrung des weiblichen Redaktionsstudiums in Tübingen. Hg. Schuler (USP) warnte vor dem „nationalistischen Treiben“ an der Universität. Hg. Schief (D.V.) verlangte u. a. hauptamtliche Verfassungsverhandlung. Bei der Berufung der Professoren dürfe nicht die Parteipolitik, sondern die wissenschaftliche Bedeutung entscheiden. Die Konfessionsallotterie sei zu vermeiden. Hg. Dr. Fick (D.V.) verlangte Milderung des Besatzungsstrafes für ausführende Wähler. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Der Kultusminister machte Bedenken gegen die kath. Lehrstuhlwünsche geltend. Eine Staffelfung der Kolleggelder sei nicht zu empfehlen. Bei der großen Zahl der Studierenden sei ein geistiges Proletariat zu befürchten. Die Beschränkung einer gewissen Studierendenzahl in den einzelnen Fakultäten werde kommen. Eine Einschränkung auf die politischen Strömungen an der Universität lehne er ab. Eine nationale Aufgabe sei es, die Bedeutung des Friedensvertrages dem Volk klar zu machen.

Ein Antrag Klotz (D.V.), daß an der Frauen- und Kinderklinik auch Medizinerinnen angestellt werden und daß an allen Abteilungen Kliniken Frauen polikliniken und praktizieren können, wurde einstimmig angenommen.

Stuttgart, 4. März.

Der Landtag nahm das Kapitel gewerbliche Fortbildungsschulen und Frauenarbeitschulen samt den Empfehlungen des Ausschusses an, der Aufklärungsunterricht über die Wirkungen des Alkohols und eine Erweiterung des Betrags für die Gewerbeschulen unter Berücksichtigung des Handwerks wünschte. Ein Antrag der weiblichen Abgeordneten, die Verpflichtung zum Besuch der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule in vollem Umfang auch auf die weiblichen kaufmännischen Lehrlinge und Handlungsgehilfen auszudehnen, wurde trotz des Widerspruchs des Kultusministers gegen die Stimmen des Zentrums, der Rechten (ohne Klotz und Wider) und vier deutsch-demokratische Stimmen angenommen. Für den Inhalt der Lehrbücher lehnte der Minister jede Verantwortung ab, ein Seminar für Frauenlehrerinnen hielt er für nötig, aber zurzeit unausführbar. Der großen Not an Lehrerinnen wollte er durch eine Neuordnung abhelfen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 5. März 1921.

— **Lactare.** Der vierte Fastensonntag, der dreihundert Jahren, also der Sonntag, der in die Mitte des Fastenz. fällt, ist der Sonntag Lactare, d. h. „Freuet Euch!“ Diese Bezeichnung rührt von dem Brauch in der alten christlichen Kirche her, an ihm die Bibelfelle Jeremia 66, Vers 10 zu verlesen: „Freuet Euch mit Jerusalem und seid frohlich über sie, alle, die ihr sie lieb habt; freuet Euch mit ihr, alle, die über sie traurig gewesen seid.“ Lactare soll einen Rathpunkt in der Fastenzeit dar, man schaut an diesem Sonntag in der sonst so ernsten Zeit schon nach dem frohlichen Ostertag aus. In vielen Gegenden, namentlich in den pfälzischen Gebieten rechts und links des Rheins, veranstaltete die Jugend ein Frühlingsfest, den Sommerlagzug.

— **Das 27. Württ. Landrecht** ist festgesetzt vom 11. bis 14. Juni in Göttingen statt.

— **Warnung.** In letzter Zeit sind noch amtliche Mitteilungen nicht wenige Leute Werbungen in die Hände gefallen, die angeblich für den Herold in einem fremden Staat Gute wüßten. In Spät mußten die Angeordneten, wenn sie die Grenze im Rücken hatten, erfahren, daß sie die Opfer gewisser anderer Schwindler geworden waren. Verkommen an Leib und Seele leiteten sie zurück und das waren noch die günstigeren Fälle. Viele sind überhaupt zu Grunde gegangen oder mußten sich draußens bösen Abenteuerern anschließen, die sie auf den Weg der Verbrechen führten. Die deutsche Jugend kann nicht dringen genug vor solchen Anwerbungen gewarnt werden.

— **50 Prozent Dividende und 75 Prozent Rückstellung.** Die Thüringer Wolfgarnspinnerei A. G. in Leipzig schließt auf ihr 12 Millionen betragendes Aktienkapital nach als „reißlich“ bezeichneten Abschreibungen eine Dividende von 50 Prozent vor. Dabei werden 6 Millionen Mk. dem Erneuerungsfonds und 3,2 Millionen Mk. den Reserven — also insgesamt mehr als 75 Prozent — zugeführt.

Nagold, 4. März. (Bürgerversammlung.) Auf Einladung des Gemeinderats kamen am Donnerstag den 3. März die Männer und Frauen Nagolds abends 8 Uhr in Schönen zu einer Bürgerversammlung, den Sozial und die Redneräume der Traube bis auf den letzten Platz füllend. Herr Stadtschultheiß Maier hatte sich die Aufgabe gestellt, der heftigen Einwohnerchaft eine zusammenfassende Uebersicht über die verschiedenen Steuerfragen der letzten Zeit zu geben und anschließend daran Streiflichter auf die Hauptfragen zu werfen, die die Stadtverwaltung gegenwärtig besonders beschäftigen. Einleitend lenkte der geschätzte Redner die Blicke

Auf die folgenschweren Verhandlungen der Entente mit unseren Vertretern in London. Dann führte er die Oberen zurück zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs, um in knappen Darlegungen den Versammelten klarzulegen, aus welchen Notwendigkeiten heraus die furchtbare Steuerlast, deren ganzer Druck jetzt erst sich auf den einzelnen Steuerzahler zu legen beginne, geboten worden sei und wahrscheinlich noch weiter wachsen werde. Dann zog in langer Reihe der bunte Strauß von Steuern an uns vorüber, vom Redner immer klar nach ihrem Aufbau und ihrer Wirkung auf den Einzelnen umfassen. Längere Darlegungen bezogen sich mit der Verschiebung der Steuerverhältnisse in ihrer Erhebung durch und für das Reich, die Länder und die Gemeinden. Mancher Hörer wird jetzt erst ein Bild bekommen haben von den tiefgehenden Änderungen auf diesem Gebiet. Es wird jedem klar geworden sein, wie sehr wir in den Ländern und Gemeinden auch hierin jetzt abhängig geworden sind von der Zentrale in Berlin. Verschwindend klein erscheint daneben das Steuergebiet, dessen Bedeutung den Ländern und namentlich den Gemeinden geliebt ist, deren Steuerkraft fast ausschließlich die Katastersteuern gebildet sind. Anschließend an diese scheinenden Darlegungen lenkte Herr Stadtschultheiß Maier dann die Aufmerksamkeit der Anwesenden kurz auf wichtige öffentliche Fragen von allgemeinem Interesse, wie die Staatsgebarung der Stadtverwaltung, die in ihrer Auswirkung so sehr tiefere auf der Wirtshaft der Gemeinde. — In den Fragen der Schulorganisation Nagolds sind wir mehr oder weniger gebunden durch die Frage: Was wird aus dem Seminar? Von der Verantwortung, die diese Frage durch die Behörden erfahren wird, hängt es ganz wesentlich ab, in welcher Richtung sich die Umgruppierung der verschiedenen Nagolder Schulformen bewegen wird. Deshalb ist es das zunächst Ergebnis, die Entwurfung der Seminartfrage abzuwarten. Nach verschiedenen Naturgen hin ausfindend wirkten die Darlegungen unseres Stadtschultheiß Maier betreffs der Schritte, die bis jetzt getan wurden zu: Regelung der immer größer werdenden Wohnungsnot. Nagold kann sich mit dem, was in dieser Frage seitens der Stadtverwaltung bis jetzt geschehen ist, ruhig mit jeder anderen Stadt gleicher Größe messen. — Richer Beifall lohnte den Redner für seine die ehrenden zweifelhafte Ausführungen. Den Dank der Versammelten brachte Herr Gemeindevater Maier zum Ausdruck. Mit warmen Worten des Dankes schloß Herr Stadtschultheiß Maier die Versammlung.

Stuttgart, 4. März. (Vom Rathaus.) Im Gemeinderat wurde, nachdem die Landesmilchzentrale abgelehnt ist, die Errichtung einer Milchzentrale in Stuttgart angeregt. Es soll erneut mit dem Finanzministerium wegen Ueberlassung eines Platzes auf dem Hauptbahnhof verhandelt werden. — Ueber die Eingemeindung von Hedelfingen, Oberbachheim, Bohnung und Rastental lag ein Schreiben des Ministers des Innern vor, in dem diese auf 1. April für nicht mehr vorzuziehbar erklärt wird. Die Frage der Ausweisung des Oberamtsbezirks Cannstatt sei noch nicht genügend klargestellt, es müsse mit den benachbarten Oberamtsbezirken, denen Gemeinden zugewiesen werden sollen, und mit der Stadt Stuttgart verhandelt werden.

Die Angestellten der Straßenbahn haben durch Abstimmung in den einzelnen Betrieben Stellung zu dem abgelehnten Schiedsspruch bzw. zu den gütlichen Vereinbarungen zwischen Betriebsleitung und Straßenbahndirektion Stellung genommen. Mit 918 gegen 320 Stimmen wurde dem Beschluß zugestimmt und ein Streik abgelehnt.

Stuttgart, 4. März. (Kurz fremdenverkehr.) Im Ernährungsministerium fand mit Interessentkreisen eine Besprechung über die Regelung des Kurz fremdenverkehrs für 1921 statt. Die Konferenz dient der Vorbereitung einer in der nächsten Woche auf Anregung Württembergs in Heidelberg stattfindenden Besprechung der Vertreter der süddeutschen Staaten über diese Frage.

Stettin, 4. März. (Der Storch.) Gestern A. der erste Storch hier eingetroffen.

Heilbronn, 4. März. (Bahnaus.) Der erste Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln des Quäkerhilfswerks, der hier eintraf, war beraubt und die Kisten waren erschrocken. Dabei waren die Verschlussschlösser des Wagens unbeschädigt. Zum Glück war verhältnismäßig nicht sehr viel gestohlen.

Hall, 4. März. (Hauptzollamt Hall.) Nach dem „Haller Tagblatt“ wird das Hauptzollamt Hall auf 1. April 1921 seine Tätigkeit auch für die ihm unterstellten Zollämter und Zollinspektionen aufnehmen.

Edelfingen D. Mergentheim, 4. März. (Wermisch.) Der lebige Bierbrauer und ehemalige Einjährig-Freiwillige ist von der am Sonntag, den 20. Februar in Heilbronn veranstalteten Regimentsfeier der Fälliere 122 noch nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er in Verbrecherhände geraten ist.

Edingen, 4. März. (Explosion.) Eine heftige Geschosserplosion ereignete sich in der Munitionsgelagerrisse. Die Erschütterung der Luft war so stark, daß viele Gebäude, so namentlich auch ein Wohnort und das Haus des Landwirts Knösel an der Lautlinger Straße erheblich beschädigt wurden und in der Stadt viele Fenster zerbrachen und auch einige große Schaufenster in Scherben gingen. Menschenleben kamen glücklicherweise keine zu Schaden. Auch in Taillingen sind einige Fenster zerbrachen eingedrückt worden.

Stuttweil, 4. März. (Todesurteil.) Das Schwurgericht hat den Trikotweber Eugen Käpfe von Edingen, der seine Frau ermordet und den Leichnam auf die Eisenbahnschienen gelegt hatte, um einen Selbstmord vorzutäuschen, zum Tode verurteilt.

Die Haftung des Fährmanns.

Der Unfall der Redarfähre zwischen Oberlingen und Vertheim hat jetzt das Reichsgericht beschäftigt. Am Sonntag, den 28. April 1921 hatte sich beim Herannahen eines Gewitters eine über große Anzahl von Personen zur Ueberfahrt nach Eßlingen in die Fähre des Beklagten B. in Vertheim gestürzt, die den Personenverkehr über den Neckar vermittelt. Obgleich sich in der Fähre dreimal mehr Personen befanden, als aufgenommen werden durften, gab der Beklagte das Zeichen zur Abfahrt. Wenige Meter vom Ufer entfernt sank das überlastete Boot an einer zwei Meter tiefen Stelle. Dabei sind 21 Fahrgäste ertrunken, zumeist Frauen und Kinder. Gegen den Fährmann haben 17 Kläger Schadenersatzansprüche erhoben. Das Reichsgericht hat die Entscheidung des Oberlandesgerichts bestätigt.

Zur Waffenbeschlagnahme in Bodman am Bodensee.

Karlruhe, 4. März. Von der Presseabteilung des Reichsministeriums des Innern wird mitgeteilt: In der Nacht vom 25./26. Februar 1921 brachte der Oberleutnant a. D. Fritz Keller aus dem Württembergischen einige Wagen Waffen nebst Munition nach einem im Bezirk Bodman gelegenen Gut des Grafen v. Bodman. Eine Gendarmereikontrolle erhielt von den Vorgang Kenntnis. Das zuständige Bezirksamt vollzog bereits am 26. Februar im Auftrag des Untersuchungsamts die Beschlagnahme und am 28. Februar übernahm die Sicherheitspolizei von Sigmaringen 1300 Gewehre, 10 Maschinengewehre, 20 000 Schuss Munition um sie zu zweckmäßiger Vernichtung der Reichstrennungsgesellschaft zuzuführen. Mit der Enteignung dieser Waffenbestände waren eingehende Nachforschungen nach Waffenverbunden, die ein weiteres Ergebnis nicht zeitigten. Man wird es der Staatsanwaltschaftlichen Untersuchung überlassen müssen, wieweit die mit dem Waffentransport in Verbindung stehenden Pläne gingen.

Vermischtes.

Der Goethische Kalender für 1921 ist erschienen. Nach dem Kalender gibt es in Europa noch einen Kaiser, Sultan Muhammad und zwei Fürstentümer (Vatikan und Monaco). Von den europäischen Fürsten leben drei außerhalb des Landes: Kaiser Wilhelm II. in Doorn, der Herzog von Braunschweig in Hannover (Salzhemmendorf) und Kaiser Karl in Gland (Schweiz). Von dem Haus Romanow meldet der Kalender: Zar Nikolai II. getötet am 16. Juli 1918 in Sibirien. Dagegen ist bemerkenswert mit einem Fragezeichen bei der Zarin Alexandra und deren 4 Töchtern und dem Kronprinzen Alexei. Geschaffen sind die Großfürsten Paul, Dimitri, Nikolai, Michael, Wiktor und Georg. Die Gräfin von Vassow, die Gemahlin des Prinzen Oskar von Preußen, die bei ihrer Kriegstraumung am 31. Juli 1914 den Titel Gräfin von Ruppin erhalten hatte, ist seit 21. Juni 1920 Prinzessin von Preußen. Prinzen wurden ihre Söhnen Oskar und Burhard, Prinzessin das Tochter Herzogin.

Schwarze Haisken. Die „African World“ macht einige Mitteilungen über eine höchst eigenartige Bewegung, die unter der Eingeborenen-Bevölkerung des nördlichen Südafrika im Gange ist. In Natal hat sie seit einigen Monaten ein Prophet am Werke, dessen Anhänger sich „Israeliten“ nennen. Sie haben nunmehr ein kleines Dorf für sich gegründet. Das Dorf

hat bereits 1800 erwachsene männliche Einwohner, und viele von ihnen haben ihre Familien in die Niederlassung mitgenommen. Da aber die Ansiedlung ohne Erlaubnis auf einem Grund und Boden geschah, der den Briten nicht gehört, so wurde ihnen befohlen, ihre Hütten abzubauen. Dem widersetzten sie sich. Sie haben bereits alles verkauft, was sie besitzen, denn sie glauben fest daran, daß ihr Prophet sie nach Palästina bringen werde. Die Regierung entsandte nun 100 Mann unter Major Hutchings, aber auch diese konnten gegen den fanatischen Willen dieser „Israeliten“ nichts ausrichten, und der Major bezog einstweilen in der Nähe ein Block, um weitere Instruktionen abzuwarten. Inzwischen nimmt die israelitische Bewegung in dieser Gegend einen so starken Umfang an, daß der Minister der Britischen Union für Eingeborenen-Angelegenheiten es für nötig gehalten hat, sich an Ort und Stelle zu begeben, um sich persönlich zu informieren.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 4. März. (Schlachtochmerer.) Dem gestrigen Markt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugewiesen: 82 Ochsen, 6 Bullen, 70 Jungbullen, 44 Jungriinder, 118 Kühe, 192 Kälber und 173 Schweine. Davon blieben unverkauft 50 Ochsen, 4 Bullen, 40 Jungbullen, 30 Jungriinder, 100 Kühe, 42 Kälber, 63 Schweine. Eine Notierung der Marktpreise fand nicht statt. Die Metzger und Händler stehen wegen der Aenderung der Marktgebühren noch in Verhandlungen, deren Abschluß für die nächste Woche zu erwarten ist.

Wetter.

Der neue Luftwirbel zieht zwar im Norden vorüber, wird aber keinen Einfluß so weit geltend machen, daß am Sonntag und Montag zwar vorwiegend trockenes und mildes, aber zeitweilig bedecktes Wetter mit vereinzelt Niederschlägen zu erwarten ist.

Letzte Nachrichten.

Wien, 5. März. Der Nationalrat erledigte gestern die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag. Im Laufe der Debatte gab die Mehrheit sämtlicher Parteien ihren herzlichsten Sympathie für Deutschland Ausdruck, das gegenwärtig den härtesten Kampf um seine Existenz auf der Londoner Konferenz kämpft.

Berlin, 4. März. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Duisburg: Die gestrige Volksversammlung der niederheinischen Handelskammer titelt die Reichsregierung, trotz der Tragweite des Londoner Platts, auf dringende, an der Verrückung des einmal für recht und gerecht Erkannten unter allen Umständen festzuhalten.

Berlin, 4. März. Der Reichverband der deutschen Industrie, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft und der Zentralverband des deutschen Großhandels haben dem Reichsminister Dr. Simons folgende telegraphische Rundgebung zu überlassen: Industrie, Handel und Landwirtschaft Deutschlands erwarten von Ihnen, Herr Minister, in dieser entscheidenden Stunde unbedingte Festigkeit gegenüber dem Ultimatum der Entente und erneuern die Versicherung, für die Folgen der Ablehnung der Londoner Forderungen, so schwer sie auch für die deutsche Wirtschaft sein werden, voll und ganz einzustehen.

Berlin, 5. März. Im „Berliner Tageblatt“ erklärt der Reichstagsabgeordnete von Düsseldorf Dr. Erkelenz, in Ver von der Entente angebotenen Besetzung rheinischer Pfäfen: Wir sind uns am Ab in seit langem darüber klar, daß dieser wahnwitzige Versuch einmal gemacht werden wird und wissen, daß wir dabei die zuerst Betroffenen sein werden. Aus kann die Rede Lord Georges nicht

erschüttern. Wir hoffen und wünschen dringend, daß die Besetzung niemand in Deutschland schwerer fällt als uns. Die Welt braucht einen solchen Versuch, Armen zum Reichsoozieher zu machen, um endlich zu erkennen, daß Reichspolitik keine Reichsruher schaffen kann. Wir wollen und werden die augenblickliche Lasten tragen, da wir die ungeheuren Dauerlasten nicht tragen können. Eine augenblickliche Erleichterung wollen wir nicht erkaufen durch eine unumgängliche Dauerbelastung.

London, 5. März. Die Frage nach der Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Ultimatum der Alliierten steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Äußerungen der Berliner Presse werden aufmerksam verfolgt. Berichte aus Deutschland und Vermutungen über die Haltung der deutschen Delegation, die zu Hoffnungen für ein Einlenken Deutschlands Anlaß geben könnten, werden an hervorragender Stelle gebracht und eingehend erörtert. Die liberalen Abendblätter „Westminster Gazette“ und „Star“ besprechen die Rede Lord Georges besonders nach den Stellen hin, die darauf hindeuten, daß der Premierminister eine Regelung der Reparationsfrage unter Beteiligung Deutschlands der Anwendung von Strafmaßnahmen vorgeht. Die übrigen Abendblätter heben die anklagenden Teile der Rede hervor.

Berlin, 5. März. Den Morgenblättern zufolge trat gestern Nachmittag das Reichskabinett zu einer Besprechung über die Londoner Verhandlungen zusammen. Den Beratungen lag ein ausführlicher Situationsbericht des Außenministers Dr. Simons zu Grunde. Im Anschluß an die Sitzung fand eine Besprechung mit den Parteiführern statt. Der Reichskanzler wird heute im Reichstag im Namen der Regierung eine Erklärung zu den Verhandlungen in London abgeben. Abends wird sich der Reichstag um einige Stunden vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Am Wiederbeginn der Sitzung wird dann eine große politische Aussprache stattfinden.

Berlin, 5. März. Zu der von der Deutschen Volkspartei angeregten Bildung einer nationalen Einheitsfront erklärt der „Vorwärts“, daß in den Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine Neigung dazu bestehe, da man sich davon nicht den geringsten Nutzen für das deutsche Volk verspreche.

Berlin, 5. März. Zu der Festschrift des amerikanischen Präsidenten Harding schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, daß sich der Präsident für die europäische Frage vollkommen freie Hand vorbehalten habe. Anstatt, worauf man in London gehofft habe, sich in den europäischen Fragen irgendwie festzulegen, habe er sich alle Möglichkeiten offen gehalten. In der Tatsache, daß der Präsident von der Möglichkeit eines neuen Krieges sprach, glaubt das Blatt ein Symptom für den gegenwärtigen Kriegszustand der internationalen Beziehungen zwischen allen Großmächten zu sehen.

Das „Berliner Tageblatt“ hebt hervor, daß durch die Festschrift des Präsidenten die Absage Amerikas an den Weltbund endgültig übertrieben ist, aber Harding wolle den Weltbund nicht zu Grabe tragen, ohne der Welt etwas Neues und Besseres dafür zu bieten. Sein Programm fordere das obligatorische Weltfriedensgericht.

Drauf und Besatz der B. Reichsbes. B. auf der Welt. Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Paul.

Eigenheiten.

Jagd-Verpachtung.

Am Montag, den 7. März 1921, nachmittags 1 Uhr wird die Gemeindejagd auf 3 eventuell 6 Jahre auf dem Rathaus verpachtet. Das Jagdgebiet umfasst 956 ha Grundfläche, wovon 186 ha Waldfläche. Liebhaber sind eingeladen.

Um 1/2 2 Uhr verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im Submissionsweg



120 Fhm. Forststämme u. 50 Fhm. Fichten- und Tannenstämme

und wollen Offerte unter Zugrundelegung der Forstog. 1921 bis längstens um obige Zeit auf dem Rathaus eingereicht werden.

Gemeinderat.

Wiltberg.

Eichen- u. Buchholz-Verkauf

Am Mittwoch, den 16. März d. J. kommen aus den Staatswäldungen Kappel, Roter Rain, Dalching und Gemeinberg zum Verkauf: 211 Stück Eichen mit zusammen 82 Fhm., 30 Stück sonstige Laubbäume mit zusammen 4 Fhm.



Zusammenkunft vormittags 8 Uhr beim Bahnh. Auszüge sind spätestens bis Samstag, den 12. März bei Forstwart Hörner zu bestellen.

Stadtschultheiß Mutzke z.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Nadelstamm- und Stockholz-Verkauf

Am Dienstag, den 8. März vormittags 10 Uhr im Pfalzgrafenweiler im Adler aus Staatswald B. u. W. 24 Hohenberg 29 Hm außereines Stockholz aus Taubenswies, F. Halden, D. Bärchenberg, Himmelmanswies u. Ob. Pangelbrück 84 Hm Stockholz im Boden; aus Ob. Fuchsrück, Isertwies und Isertwies Nadelstammholz: Laubholz Fhm 12,29 III., 17,89 IV., 16,39 V. u. 2,84 VI. Klasse, Eichen Fhm 0,55 I. u. 0,27 III. Klasse (bestelltes Bauholz).

Altensteig.

Gestrickte Knabenanzüge Arbeitshosen Anzugstoffe Hosenträger Cravatten empfiehlt billigt

Friz Wizemann Altensteig.

Für Konfirmation u. Ostern

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Eolienne, schwarz und farbig, solide Qualitäten. Anzugstoffe reelle Bedienung, niedrigste Preise.

Reinhold Hayer Altensteig.

Eber-Verkauf.

Die Stadtgewerbe Nagold bringt einen abg. 2 1/2 Jahre alten Eber am nächsten Mittwoch, den 9. März, nachm. 4. Uhr im Rathaus im A. Streich zum Verkauf. Kaufs Liebhaber sind hierzu eingeladen.

Altensteig.

Ein Alterer, zuverlässiger, in der Landwirtschaft bewandert

Pferdeknecht

findet sofort oder in 14 Tagen dauernde Stelle bei

Dietrich J. „Stern.“

Altensteig.

Torfmelasse Kleiemelasse Maisfuttermehl

empfehlen

Veeh & Ziegler

G. Schneiders Nachfolger

Telefon Nr. 9

Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg



Ihre VERLOBUNG geben bekannt:

Katharine Wurster
Karl Weik

Berneck, März 1921.

Zumweiler.



Morgen Sonntag
Metzelsuppe

wozu freundlichst einladet

Gg. Hauser
z. „Lamm“.

Pferdewagen

kaufen Sie am Besten bei der Spezialfirma

A. Klein & L. Diem,
Wagenbau, Heilbronn a. N.

Ständig großes Lager in neuen und gebrauchten

Luxus- und Geschäftswagen

wie Landauer, Coupés mit und ohne Sammelbereifung,
Viktoriawagen, Breaks, Selbstfahrer, Guts- u. Landwagen,
Parkwagen, Ponywagen, Stuhlswagen.

Lastanhänger, Rollwagen, Möbelwagen, Kl. Caféwagen.

Reparaturen

an Kutsch- und Lastwagen prompt und billig.

Kostenanschläge gerne zu Diensten.

Vertreter mit geeigneten Lagerräumen gesucht.

Suche ein

Mädchen

für Haus- u. Landwirtschaft
bis 1. April. Kann auch da-
bei das Kochen erlernen.

**Gasthaus z. Rappen
Walldorf.**

Bad Teinach.

Unterschiedener sucht ein

Mädchen

für Küche und Hausarbeit
bis 15. März oder 1. April.

Karl Walch
Gasthof z. Rübli Brunnen.

Gesucht bis 15. März
oder später in kleine Familie
nach Nagold (2 Personen)
ein

Mädchen

von 15 bis 18 Jahren —
Familienanschluss!

Kunstfertigkeit
Frau Hauptlehrer Rüchele
in Altensteig.

Auf 1. April wird ein
jüngeres, ordentliches

Mädchen

das schon gebildet hat gesucht.
Kochen kann erlernt werden.

Frau Rsm. Lehre
Nagold, Marktstr. 201.

Altensteig.

Empfehle ab hier

La Laplata-Mais p. 3 l. Mk. 185.-

„**Maismehl**“ „ „ „ 195.-

Bohnenmehl und Melasse

ferner

Vollwertige Zuckerschneigel

Gelbrübensneigel

holländische Erdnußkleie

Bringe mein reichhaltiges



Weinlager

in nur guten Qualitäten

in empfehlende
Erinnerung

M. Schnierle.

Bierzigttausend Meter Stoffe!

werden direkt an Private wie folgt versandt:

Hemdflanelle beste Qualität p. Mtr. M. 9.80

ungebleichtes Baumwolltuch fast unzerwähllich p. Mtr. M. 11.80

Bettzeuge rot kariert aus prima Garnen p. Mtr. M. 13.70

1 Posten Herrenhemden aus guten Flanell p. St. M. 29.-

Nichtgefallendes nehme gerne zurück, daher keine Musterbestellung.

Verwandtschaft Jos. Witt, Weiden/305, Oberpfalz.

Altensteig.

Frisch eingetroffen:

Prima

Wagenfett

(Marke Elefant)

prima Schufett

(Vaselin)

offen und in Gebinden

empfiehlt billigst

Karl Kohler junior

Rosenstraße.

Türvorlagen

aus K. Holz und
Rohrgestlecht

in nur Ia Qualitäten, sowie

Waschkammern

einfach und mit Federn

bei Obigem.

Altensteig.

Schürzen

in guter Qualität

einfache u. moderne Formen

sowie

**weiße Stickerei-
Unterröcke**

sind wieder eingetroffen bei

C. Frik.

Wein gutfortiertes Lager

in Ia

Tabak- waren

bringe ich in empfehlende

Erinnerung.

Lorenz Erzjt., Altensteig.

2 Rollen verguldetes, 4edig.

Gesticht

kann wegen Unbequemlichkeit

z. Selbstkostenpreis abgeben.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Religiöse Nachrichten.

Sonntag Lätare, 6. März

Gang Gottesdienst in der

Kirche um 10 Uhr.

Lieber 347, 341. Darauf

Kindergottesdienst, 1/2 Uhr

Christenlehre, Lächter.

Donnerstag 8 Uhr Bibelstunde

im Jugendheim.

Gemeinsch. Jugendheim.

Sonntag, 6. März, abends

8 Uhr Besammlung.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 6. März vorm.

1/2 10 Uhr Predigt, vorm.

11 Uhr Sonntagsschule,

abends 1/8 Uhr Predigt.

Dienstag, 8. März, abends

8 Uhr Jünglingsverein.

Mittwoch, 9. März, abends

8 Uhr Gebetsversammlung.

Kathol. Gottesdienst

Montag, 7. März, 1/2 10 Uhr.

Berneck, 4. März 1921.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
machen wir die traurige Mitteilung, daß meine
liebe Gattin, unsere liebe Mutter, Schwieger-
mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester u.
Schwägerin

Magdalene Wurster
geb. Hornberger

am Donnerstag Abend, im Alter von beinahe
78 Jahren, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Gatte:

Johannes Wurster, Schuhmacher,
früherer Amtsdiener.

Beerdigung am Sonntag Mittag 2 Uhr.

Altensteig.

Torfstreu

gepreßt in Ballen,
Gewicht ca. 2 Ztr.
per Ballen M. 36.—

Torfmuld

gepreßt in Ballen,
Gewicht ca. 2 Ztr.
per Ballen M. 40.—

bieten an

Veeh & Ziegler

G. Schneider's Nachfolger

Telefon Nr. 9.

Altensteig.

Karant. reines Schweinefett

Bitello 1 Pfund Packungen

Neutral 1 " "

Palmin 1 " "

Tafelzets, Perl-Sago, Perl-Serpe

Griessella weiß Maisgrieß

Haferflocken offen

Hafermehl in Pakets

Grühkernmehl in Pakets

Reismehl " "

Kaffee roh und

gebrannt

in verschiedenen Preislagen

Kakao offen und in Pakets

Tee in Pakets und Beuteln

Schokolade

empfiehlt zu Tagespreisen

J. Wurster.

Altensteig.

Sämtliche Sorten

Gemüse Samen

Kugelfarn Samen

Zuckerrübensamen

Blumensamen

Steckzwiebeln

— Steinwaile —

seit 25 Jahren

hier eingeführt

empfiehlt

Karl Henfler sen.

Eisenwaren.

Gesangbücher

in solider Anfertigung

empfiehlt preiswert

die

W. Kiefer'sche Buchhandlung

Altensteig.